



Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Nummer 280

Freitag 479

Dienstag den 29. November 1932

Freitag 479

67. Jahrgang.

General Schleicher sondiert

Berlin, 28. Nov. Nach verschiedenen Seiten werden zurzeit nichtamtliche Fühlungen in der Frage der Regierungsbildung genommen. General v. Schleicher trat zunächst mit dem Zentrum in Verbindung. Die Antwort lautete, die Partei wünsche ein Kabinett, das im gleichen Sinn arbeite wie bisher, die Wiederkehr Papens würde aber als Kampfanzeige aufgefaßt werden. Mit einem Kabinett Schleicher könnten das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften zusammenarbeiten, von dieser Seite würde auch ein Minister zur Verfügung gestellt werden. Schleicher hat auch eine Besprechung mit Dr. Breitscheid (Soz.) in Aussicht genommen. Der „Vorwärts“ erklärt aber, die Sozialdemokratie denke nicht daran, ein Rechtskabinett oder überhaupt eine bürgerliche Regierung zu „tolerieren“. Der Burgfrieden mit dem Reichstag wäre nur möglich, wenn Sozialdemokraten oder Nationalsozialisten mitmachen. Letztere kommen aber nicht in Frage, nachdem ihre Führung erklärt hat, sie werde jedes Kabinett aufs schärfste bekämpfen, an dessen Spitze nicht Hitler stehe. Hitler erklärte am Sonntag in Weimar: in wenigen Monaten werde man die Nationalsozialisten wieder zu Hilfe rufen, sie werden aber nur kommen, wenn es ehrlich gemeint sei.

So erscheint in politischen Kreisen ein Kabinett Schleicher als letzter Ausweg, obgleich er selbst persönliche und sachliche Gründe dagegen geltend macht. Wie verlautet, hat Herr v. Papen den Reichspräsidenten unter Hinweis auf die gegen seine Person in Parteifreien bestehenden Widerstände gebeten, von seiner neuen Betrauung abzusehen. General v. Schleicher hat mehrere führende Persönlichkeiten der Wirtschaft sowohl auf Seiten der Gewerkschaften wie der Arbeitgeber gebeten, sich für die nächsten Tage in Berlin zu Besprechungen zur Verfügung zu halten. Auch ein Kabinett Schleicher würde im Reichstag keine Mehrheit zur „Tolerierung“, geschweige denn zur Unterstützung finden.

In einer gemeinsamen Sitzung des Reichsparteivorstands des Zentrums und dem Vorstand der Zentrumsfraktion des preussischen Landtags am Sonntag vormittag wurde vereinbart, daß zwischen beiden Parteieninstanzen eine engere Fühlung gehalten werden soll. Mit anderen Worten: die Reichsparteileitung des Zentrums will auch die preussischen Verhältnisse stärker in den Rahmen der innerpolitischen Entwicklung im Reich einbeziehen.

Berlin, 28. Nov. In unterrichteten Kreisen rechnet man heute mittag damit, daß die Entscheidung über die innerpolitische Lage, d. h. also in erster Linie über die Persönlichkeit des kommenden Kanzlers, allerhöchstens am Dienstag zu erwarten ist. General von Schleicher nahm heute Fühlung mit den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften. Er verhandelt immer noch auf der Grundlage eines neuen Kabinetts von Papen. Auch jetzt kommen nur noch die beiden Möglichkeiten von Papen oder von Schleicher in Frage.

Deutschnationale Reichstagsfraktion sagt Samstag

Berlin, 28. Nov. Die für den heutigen Montag in Aussicht genommene erste Sitzung der neuen deutschnationalen Reichstagsfraktion ist mit Rücksicht auf die zur Zeit noch herrschende Unklarheit der politischen Lage auf Samstag dieser Woche verlegt worden.

„Die Stunde des Generals“

Berlin, 28. Nov. Die D.N.Z. schreibt unter der Ueberschrift „Die Stunde des Generals“, an die Spitze gehört heute diejenige Persönlichkeit, mit der sich zu verständigen für die gesamtdeutsche Bewegung verhältnismäßig am leichtesten ist. Herr von Papen selbst dürfte Schleicher vorgezogen haben, und es ist keineswegs widersinnig, zu behaupten, daß seine Berufung nicht etwa einen vorzeitigen Einbruch des Heeres bedeuten würde, sondern umgekehrt: einen Schritt, um den wirklichen Einbruch des Heeres im Bürgerkrieg, wie es notwendig ist, überhaupt zu verhindern.

Französisch-russischer Nichtangriffspakt

Das zweijährige Vorspiel zur Neugestaltung des Verhältnisses zwischen Frankreich und dem Rätebund ist beendet. Während Frankreich bisher als „herrschende Vormacht des europäischen Kontinents“ als dessen „Beschützer“ gegen den Rätebund aufgetreten war, hat Frankreich nun auch den Weg nach „Napallo“ eingeschlagen und zehn Jahre nach Deutschland das Dasein des Rätebunds als Tatsache hingenommen, um daraus nüchterne realpolitische Folgerungen zu ziehen. Im Sommer vorigen Jahrs war der französisch-russische Nichtangriffspakt vorläufig unterzeichnet worden, und es schien damals, als ob man in Paris seine östlichen Verbündeten fast im Stich lassen wolle. Polen erreichte es aber, daß der Vertrag nicht auch

Tagespiegel

Reichswehrminister v. Schleicher empfing am Montag vormittag die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds, Celpart und Eggert, die als vordringlichste Aufgabe die Arbeitsbeschaffung im Weg öffentlicher Arbeiten bezeichneten. Sie forderten die Aufhebung der lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung vom 5. September und eine unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten durchgeführte Siedlung. Auch mit Persönlichkeiten der Arbeitgebererschaft fanden Besprechungen statt. Am Montag abend empfing Schleicher den Prälaten Kaas, am Dienstag sollen noch zwei Führer der NSDAP. gehört werden. Es handelte sich in der Hauptsache um Wirtschaftfragen. Es hat sich immer mehr herausgestellt, daß eine Mehrheit im Reichstag auch nur für eine „Tolerierung“ unmöglich ist, daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Grundlage des Präsidialkabinetts durch eine engere Verbindung auch mit anderen als nur parlamentarischen Kräften zu verstärken. Am Mittwoch wird voraussichtlich eine neue Beratung beim Reichspräsidenten stattfinden, von der die Entscheidung über die Berufung des Kanzlers abhängen wird. Uebrigens hoffen auch Reichsanzeiger von Papen und Staatssekretär Meißner in den letzten Tagen Besprechungen mit einer Reihe von Nichtparlamentariern. Diesen Besprechungen mit außerparlamentarischen Persönlichkeiten kommt unter den jetzigen Umständen erhöhte Bedeutung zu.

Der bisher an der Botschaft in Anzora tätige Botschaftsrat Wschmann hat die Geschäfte des Dirigenten der Reichspresseabteilung übernommen.

allgoleich bestätigt wurde. Die französische Regierung stellte nun an Moskau die Bedingung, daß erst das Verhältnis zwischen Polen und Moskau bereinigt werden müsse. Polen selbst wollte nicht ohne Rumänien vorgehen; es maßte sich die Führerrolle aller Oststaaten an. Dem russischen Volkskommissar für Auswärtiges, Litwinow, gelang es indes, diese Einheitsfront gegenüber Rußland wenigstens der Form nach zu verhindern. Nacheinander haben Finnland, Lettland und Estland für sich ihre Nichtangriffspakte mit Moskau abgeschlossen. Schließlich drohte das ganze Gebäude wieder einzustürzen an der Weigerung Rumäniens, das von Rußland die Anerkennung des rumänischen Besitzes von Besarabien verlangte. Moskau lehnte dies ab. Der Erfolg der Moskauer Politik beruht hauptsächlich darin, daß sie die Verträge mit Frankreich und Polen abschließen konnte, während Rumänien sich vereinzelt sieht. Auch in dem Punkt hat Moskau gesiegt, daß für Streitigkeiten nicht ein Schiedsgericht, wie Frankreich und Polen es forderten, sondern ein Schlichtungsabkommen vorgesehen ist.

Gleichzeitig mit dem Vertrag wird ein russisch-französischer Notenwechsel veröffentlicht, worin sich die russische Regierung verpflichtet, die beharabische Frage nicht auf gewaltsame Weise zu lösen zu versuchen und gleichzeitig die französische Regierung ersucht, der rumänischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß Rußland bereit ist, innerhalb vier Monaten einen ähnlichen Vertrag mit Rumänien abzuschließen.

Dieser eigenartige Zusatz wird von amtlicher französischer Seite gegen die Angriffe der französischen Rechten dahin ausgewertet, daß die französische Regierung die Interessen ihres rumänischen Bundesgenossen beim Vertragsabschluss gewahrt habe.

Besonders wird in Paris hervorgehoben, daß in Zukunft die Neutralitätsverpflichtung Rußlands nicht mehr nur gegenüber einem angegriffenen Deutschland, sondern auch gegenüber einem angegriffenen Frankreich bestehe. Gleichzeitig wird aber von denselben Stellen Wort auf die Festsellung gelegt, daß „es einen schweren Fehler darstellen würde, die Folgen dieses Paktes zu übertreiben“. Rußland sei durch diesen Vertrag nicht in das französisch-europäische Beistandssystem einbezogen.

Die Moskauer „Iswestija“ meldet aus Paris, es seien bereits Schritte getan worden, um einen Handelsvertrag mit dem Rätebund einzuleiten. Ferner seien Arbeiten im Werk, um für Rußland eine Anleihe in Frankreich zu beschaffen. Das in Frankreich vorbereitete Zollermäßigungsabkommen richte sich nicht gegen das russische Dumping der Schluederpreise, sondern gegen andere Länder. — Für Moskau war die es einig interessierende Frage bei der Anbahnung eines besseren Verhältnisses zu Frankreich die Beschaffung von Anleihen, wofür Frankreich im Zeichen der Weltkrise als reichster Goldbesitzer am ehesten in Betracht komme. Allerdings ist dies eine schwierige Sache, denn sofort tritt die Frage der Regelung der russischen Vorkriegsschulden — Frankreich hat noch über 20 Milliarden Goldfranken zurückzuführen — auf den Plan.

Polen ratifiziert

Warschau, 28. Nov. Der polnische Staatspräsident hat den Nichtangriffspakt und das Vergleichsabkommen mit dem Rätebund ratifiziert. — Bemerkenswert ist, daß der Vertrag nicht dem Parlament vorgelegt wurde. Die Ver-

Der außerordentliche Parteitag der badischen Sozialdemokratie hat beschlossen, daß die Landtagsfraktion in der Endabstimmung das badische Konkordat abzulehnen habe. Im Verfassungsausschuß des Landtags hatten sich die sozialdemokratischen Mitglieder gemäß dem Fraktionsbeschuß der Stimme enthalten, so daß die Vorlage angenommen wurde.

Im preussischen Landtag sollte am Samstag nachmittag über den sozialdemokratischen Antrag, der die Wiedereinführung der Regierung Braun in ihre Rechte forderte, abgestimmt werden. Da jedoch nur 169 Abgeordnete anwesend waren, während zur Beschlußfähigkeit 212 erforderlich sind, blieb die Abstimmung erfolglos. Der Landtag vertagte sich darauf bis 13. Dezember.

Bei Hirzenhain (Oberhessen) stürzte am Sonntag ein Segelflughüter, ein Bruder des bekannten Segelfliegers Eber, bei der Landung aus etwa 50 Meter Höhe ab und starb kurz darauf.

Der Völkerbundstraf hat den am 1. Dezember ablaufenden Auftrag des vorläufigen Kommissars für Danzig, Rossing, bis 1. Februar 1933 verlängert, nachdem Polen auf die Zwangseinführung der Zwangsverwaltung auf den Danziger Eisenbahnen verzichtet hatte.

Die belgische Kammer setzt sich nach den Neuwahlen aus 79 Katholiken, 73 Sozialisten, 24 Liberalen, 6 Frontisten und 3 Kommunisten zusammen. Die Katholiken haben 3, die Sozialisten 3 und die Kommunisten 2 Sitze gewonnen, die Liberalen 4, die Frontisten 2 und die „Wilden“ 2 Sitze verloren.

fassung läßt diese Möglichkeit zu, jedoch bestand keine Notwendigkeit zur Uebergehung des Sejm, denn es unterlag keinem Zweifel, daß er dem Vertrag zustimmen würde. Die Regierungspartei hätte ohnehin keine Schwierigkeiten gemacht, und auch die Rechtsopposition ist für den Vertrag, einerseits weil sie in ihm den entscheidenden Abstützen sieht, andererseits weil er von Frankreich ausdrücklich gewünscht wurde. Daß die Regierung trotzdem den Sejm ausschaltete, ist auf ihre Gegnerschaft gegen das Parlament zurückzuführen.

Deutschland und der Nichtangriffspakt

Berlin, 28. Nov. Die Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz weist darauf hin, daß der französisch-russische Nichtangriffspakt der erste politische Staatsvertrag mit einer europäischen Großmacht sei, den die Sowjetunion seit dem Berliner Vertrag von 1926 zum Abschluß gebracht habe. Deutschland, so wird weiter gesagt, könne eine verstärkte Einbeziehung der Sowjetunion in das Konzert der Mächte nur willkommen heißen. Außerdem dürfe es in dem französischen Entschluß den Beweis dafür sehen, daß auch in Paris die Richtigkeit des Grundgedankens, der für das Verhältnis zwischen Berlin und Moskau bestimmend war, durchgedrungen sei. Eine Aenderung der sowjetrussischen Politik gegenüber Deutschland sei davon nicht zu erwarten.

Berweisen wir noch darauf, daß die Vollständigkeit des Systems durch das Scheitern der Verhandlungen mit Rumänien durchbrochen wurde. Abschließend könne gesagt werden, daß diese Ausweitung des Moskauer Paktsystems, die etwaigen Kriegsgefahren im Osten vermindert und damit dem Abrüstungsgedanken zu Hilfe komme. Deutschlands politische Ziele werden mit rein friedlichen Mitteln verfolgt und erfordern deshalb das weitestgehende Einvernehmen innerhalb der Völkergemeinschaft und besonders innerhalb Europas. Es besteht also kein Anlaß, auch nur gefühlsmäßig dem neuen Einvernehmen zwischen Moskau und Paris irgendwie zu widerstreben, oder gar unsere Rußlandpolitik, die auf dem Rapallo- und dem Berliner Vertrag beruht, nach irgend einer Richtung hin zu ändern.

Neue Nachrichten

Koalitionsbesprechungen in Preußen

Berlin, 28. Nov. Nach dem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen um die Bildung einer Mehrheitsregierung im Reich sind die Besprechungen zur Schaffung einer neuen preussischen Staatsregierung wieder aufgenommen worden. Da im preussischen Landtag bei der gegenwärtigen Zusammensetzung dieses Parlaments eine Mehrheit bereits aus Nationalsozialisten und Zentrum gebildet werden kann, würde eine Verständigung zwischen diesen beiden Parteien genügen, um einen neuen Ministerpräsidenten in Preußen wählen zu können, dem nach der Verfassung dann die Befugnis zustünde, die übrigen Staatsminister zu ernennen. Landtagspräsident Kerrl als Vertreter der NSDAP. hatte laut VdZ. mit dem Führer der preussischen Zentrumsfraktion, Lauscher, sowie dem Geschäftsführer der Zentrumsfraktion, Dr. Graf, eine mehrstündige Unterredung. Diese Verhandlungen dürften fortgesetzt werden, ohne daß man bereits jetzt absehen könnte, ob sie so rasch zum Abschluß gelangen, daß der Landtag beim Wiederzu-



